Presseinfo

europe-v-facebook.org 21. Sept. 2012

Irlands zweiter Datenschutzbericht:
Konsequenzen oder „Freibrief“ für Facebook?

Heute wird die irische Datenschutzbehörde den zweiten - nicht rechtsverbindlichen - Bericht zu Facebook veröffentlichen. Der erste Bericht (Link) wurde im Dezember 2011 veröffentlicht. Max Schrems von europe-v-facebook.org: *„Der erste Bericht war sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider ging er schon damals nicht weit genug um Facebook rechtskonform zu machen.“* Entsprechend wurde der Bericht von vielen Experten und sogar anderen Datenschutzbehörden kritisiert. Wegen einer (steuergünstigen) Firmenkonstruktion ist Irland für das Recht auf Datenschutz von allen Facebook-Nutzern in der EU zuständig. Angestoßen hat das Verfahren eine Studentengruppe („europe-v-facebook.org“) aus Österreich, welche im August 2011 eine Reihe von Anzeigen bei der irischen Datenschutzbehörde gegen Facebook eingebracht hat.

Endlich Konsequenzen oder wieder Freibrief? *„Wir sehen gerade einem interessanten Experiment zu. Ich bin mir sicher, die Googles und Apples der Welt sehen auch zu: Was passiert wenn ein großes amerikanisches Unternehmen die banalsten Datenschutzgesetze bricht? Wehren wir Europäer uns, oder geben wir nach?“, fragt* Max Schrems. *„Derzeit betreiben wir Europäer zwar endloses ‚Facebook Bashing‘ lassen aber keine Taten folgen.“*
Die Studentengruppe hat 22 Anzeigen (Link) zu den banalsten Rechtsverstößen eingereicht: Die Studenten konnten auch nachweisen, dass längst gelöschte Daten (Link) von Facebook weiter gespeichert wurden, oder dass Facebook auch Daten hinter dem Rücken der Nutzer ohne Zustimmung gesammelt wurden. Facebook gibt Nutzern auch keine volle Einsicht in ihre Daten und verzögert diese über ein Jahr, statt der gesetzlichen Frist von 40 Tagen. Viele Rechtsverstöße wurden von der irischen Behörde sogar im ersten Bericht bestätigt. Max Schrems: *„Das Interessante ist, dass teilweise unbestritten ist, dass Facebook das Gesetz gebrochen hat, trotzdem hat Facebook bisher keine Konsequenzen erfahren. Jeder Bürger der falsch parkt bekommt eine saftige Strafe, Facebook bricht die Gesetze und nichts passiert? Bisher ist die Lehre für die IT-Industrie: Du kannst das Gesetz brechen und alles was man bekommt ist ein kleiner Bericht mit unverbindlichen Empfehlungen.“*

Facebook ignoriert Empfehlungen. Wenn man sich die Empfehlungen (siehe Bericht Seite 5 bis 20) ansieht wird schnell klar, dass Facebook sich nicht wirklich an die Vorschläge gehalten hat. Beispiele:

- Statte einer neuen, verständlicheren Datenschutzrichtlinie gab es ein minimales Facelift, welches Facebook noch mehr Rechte an den Nutzerdaten einräumte. Für einen Normalnutzer bleibt die Richtlinie unübersichtlich und unverständlich. Die Zustimmung bleibt weiter ungültig.
- Statt klaren Fristen für die Löschung von Daten gibt es nur ein paar vage Aussagen von Facebook.
- Facebook sagt noch immer nicht für was gewisse Daten verwendet und erhoben werden.
- Auskunftsersuchen (Recht auf Kopie aller Daten) werden noch immer nicht vollständige nachgekommen. Viele Daten werden unterschlagen, durch technische Fehler gibt es weiter Lücken.

Ob die irische Behörde das erkannt hat und Konsequenzen zieht wird der heutige Bericht zeigen.

Zwei Verfahren - Bericht nicht verbindlich. Der heute veröffentlichte Bericht ist zwar der offizielle „Review“, aber er ist – wie der erste Bericht – rechtlich nicht verbindlich. Die irische Behörde verfolgt ein System der informellen Vorschläge statt rechtsverbindlicher Akte.
Davon unabhängig sind noch immer die 22 Anzeigen der Studenten anhängig und müssen formell entschieden werden. Die Behörde hat in einem E-Mail angekündigt eine getrennte formelle Entscheidung bezüglich der Anzeigen fällen zu wollen. Max Schrems: *„Vermutlich wird die irische Behörde Facebook heute für die tollen Verbesserungen loben und das unverbindliche Verfahren beenden. Verschnaufen kann Facebook damit aber noch nicht: Wir werden jedenfalls eine rechtlich verbindliche Entscheidung über die Anzeigen verlangen.“* Erst die Entscheidung über die Anzeigen wird rechtlich verbindlich sein. Die Studenten und Facebook können diese noch vor den Gerichten bekämpfen.

Transparenz und faires Verfahren. Im Verfahren über die 22 eingebrachten Anzeigen hat sich die irische Behörde bisher nicht mit Ruhm bekleckert. Nach über einem Jahr haben wir bis dato kein einziges Beweismittel, keinen einzigen Akt und nicht mal die Gegenargumente von Facebook bekommen. Nachdem wir diesbezüglich wiederholt nachgefragt haben, hat uns die Behörde per SMS (!)mitgeteilt, dass sie bis auf weiteres nicht mit uns spricht (Foto). Begründung: Keine.
Max Schrems: *„Derzeit haben wir wirklich extreme Zustände in diesem Verfahren. Wir dürfen keine Beweise oder Akten sehen. Die Behörde gibt uns nicht mal die Gegenargumente von Facebook. Facebook wird hier klar geschützt – mit Transparenz und Fairness hat das nichts zu tun.“*
Wir arbeiten derzeit an einer Durchsetzung dieser Verfahrensgrundrechte. Aufgrund der irischen Gesetze kann aber eine Bekämpfung dieser Vorgehensweise bis zu € 150.000 kosten. Vermutlich wird am Ende die EU hier eingreifen müssen um sicherzustellen, dass EU-Recht eingehalten wird.

Behörde überfordert, aber „erfinderisch“. Die irische Behörde ist mit dem Verfahren klar überfordert. Max Schrems: *„Nach unseren Informationen hat keiner der Beamten eine juristische Ausbildung. Gleichzeitig soll Facebook ein Team von 15 Juristen und eine große Anwaltsfirma für diesen Fall engagiert haben.“* Im direkten Gespräch mit dem zuständigen Beamten wurde uns sogar mitgeteilt, dass man das Datenschutzgesetz nicht nach dem „Gesetzeswortlaut“ anwenden wollen. Max Schrems: *„Das Gesetz sagt, Facebook braucht eine Zustimmung um unsere Daten zu verarbeiten. Der Beamte meinte aber das sei zu umständlich, deswegen ignoriert er das Gesetz einfach. Da staunt man als Bürger nicht schlecht…“*
Generell wird immer wieder davon gesprochen, dass Irland hier seinen IT Sektor beschützen will, der vor allem von amerikanischen Unternehmen geprägt ist. Klare Beweise hierfür gibt es nicht, es besteht jedoch sicherlich ein gewisser Interessenskonflikt.

Verfahren geht (leider) weiter. Noch ist unklar, was der Bericht in Irland Neues bringen wird. Jedoch hat schon der erste Bericht im Dezember die Latte sehr niedrig gelegt. Großteils unterschreiten die Vorschläge des ersten Berichts sogar das Mindestlevel der europäischen Datenschutzgesetze. Der zuständige Beamte sagte wiederholt, dass der finale Bericht auch nicht strenger sein wird.
Max Schrems: *„Es ist leider unwahrscheinlich, dass der heutige Bericht weitere Fortschritte bringt. Wir werden es genau prüfen und jedenfalls eine formelle Entscheidung verlangen. Vermutlich wird uns auch der Weg in die Instanzen nicht erspart bleiben, dafür fallen aber Kosten von über €100.000 an, wofür wir schon Spenden sammeln.“*

Mehr Infos, Fotos und Videos zu “europe-v-facebook.org”:
Besuchen Sie unsere Presse Seite auf europe-v-facebook.org